



**Projektland: Ukraine**

**Quartal/Jahr: Juli bis September 2010**

### **Kommunalwahl in der Ukraine. Chance einer Demokratie.**

Oft wird behauptet, dass die Demokratie in der Ukraine nach der letzten Präsidentschaftswahl gefährdet sei, dass sie eingeschränkt wäre. Beides ist falsch. Richtig ist: eine Demokratie hat es in diesem Land nie gegeben. Die gilt es erst aufzubauen. In jahrelanger mühsamer Arbeit. Ob Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma oder Viktor Juschtschenko, sie alle sind an dieser Aufgabe kläglich gescheitert. Ist von der neuen Staatsführung da mehr Erfolg zu erwarten? Zeug hätte sie dafür. Aber fehlt da nicht auch der Wille?

Die letzten Monate sind in der Ukraine unter dem Zeichen der Kommunalwahl am 31. Oktober und der damit verbundenen politischen Kämpfe zwischen den führenden Parteien und sogar derzeitigen Koalitionspartnern verlaufen.

Nun ist die Wahl vorbei, und, obwohl die Ergebnisse noch nicht überall vorliegen, steht der Gewinner fest – die Partei des Staatspräsidenten.

18 von insgesamt 25 Gebietsparlamenten wird die Regionenpartei kontrollieren. In 11 Gebietsräten (im Zentrum, im Süden, im Osten und im Südosten des Landes) und im Parlament der Autonomen Republik Krim bekam sie über 50% der Abgeordnetenmandate.

In drei weiteren Gebieten – in Uschgorod, Luzk und Chmelnyzkiy – können die Regionalen mit solch verhandlungsfreudigen Partnern wie dem „Einheitlichen Zentrum“ des ehemaligen Chefs des Präsidialamtes Viktor Baloga, der Volkspartei des Parlamentspräsidenten Volodymyr Lytwyn, der „Änderungsfront“ des Ex-Parlamentarsvorsitzenden Arsenij Jazenjuk, der „Starken Ukraine“ des Vizepremierministers und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Sergej Tigipko und den Kommunisten die Mehrheit bilden.

In 118 Städten (darunter 11 Gebietszentren) stellt die Regionenpartei die Oberbürgermeister. Das macht ca. 67% aus.

Die politische Karte des Landes verändert sich damit enorm.

Kein Wunder im Grunde genommen, denn eine ernstzunehmende Opposition gibt es im Land nicht.

Julija Timoschenko, die diesen Titel für sich beansprucht, verhedderte sich während des Wahlkampfes in einer skurrilen Mischung aus Nationalismus, Bolschewismus und populistischer Kritik - eine zweifelhafte Wahlkampfstrategie, die immer weniger Wähler zu überzeugen vermag. Entsprechend mager ist auch das Ergebnis ihrer ohnehin schon

angeschlagenen politischen Kraft ausgefallen, deren Mandatsträger nach und nach in die regierende Koalition und Wähler mehrheitlich in das rechtsextreme Lager überlaufen. Nur in einem Gebiet im ukrainischen Westen – in Riwne – wird Timoschenkos Partei mit ein paar kleineren Partnern anscheinend die Mehrheit bilden können.

Die junge Begabung Arsenij Jazenjuk kann auch nicht ernsthaft als Opposition betrachtet werden. Von Viktor Justchenko auf Grund der fortschreitenden Marginalisierung seiner Partei bereits in Zeiten seiner Staatspräsidentschaft ganz zu schweigen.

Zu den Wahlgewinnern gehört neben der Regionenpartei auch, was besonders gefährlich für die ukrainische Gesellschaft ist, die rechtsextreme „Freiheitspartei“ des demagogischen Emporkömmlings Oleg Tjagnybok. Drei Gebiete im ukrainischen Westen – Ternopil, Ivano-Frankiwsk und Lemberg – verfielen ihrer fremdenfeindlichen Ideologie.

Wie schon oft ließen sich in den früheren Stammgebieten von Julija Timoschenko und Viktor Justschenko mit den gegen Juden, Russen und sonstige „Feinde der ukrainischen Nation“ gerichteten Hassparolen ausreichend Wählerstimmen einfangen.

Die nächste Herausforderung für die ukrainische Politik ist die Parlamentswahl. Ob die schon im März 2011 stattfindet, wie es die durch den jüngsten Beschluss des ukrainischen Verfassungsgerichts wiederhergestellte Version der Verfassung von 1996 erfordert, wird derzeit diskutiert.

Die Regierung braucht Zeit, um angekündigte Reformen durchzuführen und Wähler durch Taten zu überzeugen. Bis März 2011 ist das nicht zu schaffen. Daher wird mit Nachdruck nach einer Möglichkeit gesucht, die Parlamentswahl auf 2012 zu verschieben. Unmöglich ist es nicht. Notfalls wird das für seine Einfälle berühmte ukrainische Verfassungsgericht ein weiteres Mal bemüht werden müssen. Und alles wird noch eine Zeit lang glatt gehen. Aber wie lange noch?

Ob es nicht an der Zeit ist, mit den Reformen anzufangen? Und nicht nur mit denen, die, wie die jüngste Gerichtsreform, nur auf die Stärkung der Präsidentialmacht ausgerichtet sind. Die Korruption zu bekämpfen? Und nicht nur im gegnerischen Lager.

Wenn nichts geschieht, wird der durch die Aufhebung der Verfassungsreform von 2004 in seiner fasst uneingeschränkten Macht wiederhergestellte Staatspräsident in arge Erklärungsnot geraten. Viktor Justschenko konnte sich bei seinem Nichtstun auf seine eingeschränkten Kompetenzen berufen, auf unwilliges Parlament, auf widerspenstige Premierministerin. Viktor Janukowitsch wird auf solche Ausreden nicht zurückgreifen können. Es bleibt also nur eins – machen!

S. Sagorny  
 Projektleiter  
 Hanns-Seidel-Stiftung Kiew

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
 Autor: Sergej Sagorny, Projektleiter HSS-Kiew, Ukraine  
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
 Tel.: +49 (0)89 1258-369 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de